

2024/A/1 AG60 Plus RLP

Antrag zur Rente

Beschluss: Überweisung an Parteivorstand Erarbeitung des nächsten Regierungsprogramms

Wir fordern einen Umbau des Rentensystems durch die Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbständige, militärische und zivile Dienste und Mandatsträger.

Bis zum Zustandekommen sind (Neu-) Renten und Pensionen schrittweise, um den gleichen Prozentsatz anzugleichen, bis eine Gleichstellung bei einem Rentenniveau um 60 % erreicht ist.

Für Rentnerinnen und Rentner, die mindestens 35 Jahre in Vollzeit gearbeitet haben, ist die Mindestrente auf einen Betrag oberhalb der Armutsgrenze festzulegen.

Um die Teilhabe nicht weiter einzuschränken, sind während der Umstellung Zahlungen, die bei Pensionen gewährt werden, auch den Rentnerinnen und Rentnern zu leisten, zum Beispiel Inflationsausgleich.

Die Finanzierung einer auskömmlichen Rente bedarf einer umfassenden Reform von Steuern auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit;

gerechte Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer, deutliche Entlastung bei der Einkommenssteuer bis zu einem Einkommen von 50.000,- Euro p.a., eine weitere progressive Staffelung bis zu einem Einkommen von 199.999,- Euro p.a. . Ab einem Einkommen von 200 000,- Euro p.a. soll ein Höchststeuersatz von 49 % gelten.

Kapitalertragssteuer soll mit dem höchstmöglichen Einkommenssteuersatz direkt erhoben werden bei weiterhin einem Sparerfreibetrag von 1.000,- Euro p.a. (Kleinanleger verrechnen die Kapitalertragssteuer mit ihrem persönlichen Steuersatz bei der Einkommensteuererklärung.)

Der Antrag wurde am a.o. Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz am 28.09.2024 zur Überweisung an den Parteivorstand zur Erarbeitung eines neuen Regierungsprogramms verabschiedet.

Überweisen an

Parteiivorstand